



# Freie Fahrt für Velo-Vorlage

**Abstimmung** Am 23. September kommt der Bundesbeschluss zur Förderung des Veloverkehrs an die Urne. Von einem Abstimmungskampf im Vorfeld kann aber keine Rede sein – es fehlen schlicht die Gegner.



Das überparteiliche Komitee (von links): Thierry Burkart (FDP/AG), Thomas Ammann (CVP/SG), Rosmarie Quadranti (BDP/ZH), Jürg Grossen (GLP/BE), Matthias Aebischer (SP/BE) und Lisa Mazzone (Grüne/GE).

Bild: Peter Schneider/Keystone



## Barbara Inglin

Es ist eine fast geschlossene Front, die sich für den Bundesbeschluss Velo einsetzt. Mit diesem kann der Bund Kantone und Gemeinden bei den Velowegen unterstützen. Sämtliche Parteien sind im Pro-Komitee vertreten, selbst ein SVP-Nationalrat engagiert sich – obwohl sich seine Fraktion im Parlament als einzi-

ge gegen die Vorlage zur Wehr gesetzt hatte. Auch bei Verbänden, Vereinen und weiteren Interessensvertretungen ist der Bundesbeschluss breit abgestützt. Nicht nur Velo- und Umweltorganisationen stehen hinter dem Vorhaben, sondern auch Vertreter aus den Bereichen Tourismus, Gesundheit, Sport, Verkehr und Wirtschaft.

Die Argumente freilich gehen auseinander. Während die einen mit einer verbesserten Verkehrssicherheit, Klimapolitik und der Volksgesundheit argumentieren,

erhoffen sich andere eine Entlastung überfüllter Züge und verstopfter Strassen oder neue Impulse für den Bike-Tourismus.

## Auch im Interesse der Autofahrer

Selbst vom autofreundlichen TCS kommt Unterstützung. Und dies nicht nur, weil der Touring Club im Jahr 1896 von Genfer Velofahrern gegründet worden ist. Gute Velowege seien durchaus auch im Interesse der Autofahrer, argumentierte Thierry Burkart, FDP-Nationalrat (AG) und TCS-Vize-

Hauptausgabe

St. Galler Tagblatt  
 9001 St. Gallen  
 071 272 77 11  
 www.tagblatt.ch

Medienart: Print  
 Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
 Auflage: 25'700  
 Erscheinungsweise: 6x wöchentlich



Seite: 4  
 Fläche: 62'931 mm²

Auftrag: 3007101  
 Themen-Nr.: 999.222

Referenz: 70645962  
 Ausschnitt Seite: 2/2

präsident, gestern vor den Medien in Bern. Denn dank einer «Entflechtung» werde der Verkehr auf den Hauptverkehrsachsen der Agglomerationen flüssiger. Gleichzeitig werde die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer erhöht. «Es braucht ein Miteinander aller Verkehrsträger. Nur so können die heutigen und künftigen Mobilitätsprobleme gelöst werden», sagte Burkart. Kritischer geäußert hatte sich vor der Parlamentsdebatte der Automobil Club ACS. Auf eine Abstimmungsparole verzichtet die Organisation nun aber. Und auch die SVP, die im Parlament gegen die Vorlage angetreten ist, will nicht in den Abstimmungskampf steigen. «Aufwand und Ertrag für eine Kampagne stehen in keinem Verhältnis. Es macht keinen Sinn, hier Herzblut zu investieren», sagt SVP-Nationalrat und ACS-Zentralpräsident Thomas Hurter angesichts der grossen Ja-Allianz. Nichtsdestotrotz halte er weiterhin nichts vom Bundesbeschluss. Sein Hauptargument: Für die Velowege sollten weiter Kantone und Gemeinden zuständig sein. Die Einmischung des Bundes sei unnötig und führe zu Konflikten.

Die Befürworter könnten sich also getrost zurücklehnen. Zumal auch die SRG-Trendumfrage von Mitte August eine klare Zustimmung von 64 Prozent zeigte, Tendenz eher noch steigend. Doch ganz darauf verlassen wollen sie sich nicht. Geplant ist eine eher kleine Kampagne mit einem Budget von rund einer halben Million Franken. Neben klassischer Plakatwerbung setzt die Ja-Allianz auf die Verbreitung ihrer Botschaft über Social-Media-Kanäle. Zudem engagieren sich die ver-

schiedenen Organisationen, etwa indem sie Artikel oder Inserate in ihren Mitgliederzeitschriften schalten. Und auch Verkehrsministerin Doris Leuthard tritt für das Anliegen ein, und sogar selber in die Pedale. Am kommenden Montag lädt sie Journalisten zur Velotour nach Olten, um für ein Ja zu weibeln.

### Gegenentwurf zur Velo-Initiative

Die jetzige Abstimmungsvorlage geht zurück auf die Velo-Initiative. Mehrere Parteien und Verbände wollten damit den Bund verpflichten, den Veloverkehr in der Schweiz aufzuwerten. Diese zwingende Vorgabe ging dem Bundesrat und dem Parlament aber zu weit. Stattdessen setzten sie auf einen direkten Gegenentwurf, der statt einer Förderpflicht dem Bund die Möglichkeit einräumt, Velowege zu unterstützen.

Der Bund erhält gemäss dem Gegenvorschlag die Aufgabe, Grundsätze für Velowegnetze festzulegen. Er kann zudem Massnahmen der Kantone und weiterer Akteure unterstützen und koordinieren sowie über Velowegnetze informieren. Aufgrund des Gegenvorschlags zog das Initiativkomitee die Velo-Initiative zurück. Somit kommt am 23. September einzig der Gegenvorschlag, der Bundesbeschluss Velo, zur Abstimmung.